

1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Koalition bleibt bzgl. des Tabakwerbeverbots gespalten . Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist noch uneins. Hier steht noch eine interne Abstimmung aus. Lobbyaktivitäten bestätigen Tabakgegner in der SPD in ihrem Kurs. Die SPD benötigt sichtbare Beweise für ihre Handlungsfähigkeit, ohne das Gros der Bürger negativ zu belasten – da bietet sich ein breit befürwortetes Werbeverbot an. Damit kann sich die SPD zudem von der Union absetzen.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Grünen kritisieren den Stillstand beim Tabakwerbeverbot und versuchen den Druck auf CDU/CSU zu erhöhen. DIE LINKE bleibt weiter passiv . Dies schwächt die E-Zigarette.	
Bundesrat, Bundesländer	Der Bundesrat befasst sich derzeit nicht mit Tabak und E-Zigarette. Einzelne Städte erwägen, gemäß ihrer Rechte gegen den Tabakkonsum bzw. -Werbung vorzugehen. Dies kann zu Spillover-Effekten auf die E-Zigarette nach sich ziehen.	
Verwaltung	BMEL und BMG bleiben bislang bei ihrem Regulierungskurs . Neue Regulierungsbestrebungen in anderen EU-Staaten bieten ihnen eine Bestätigung für ihren Weg.	
Fachcommunity	Die Tabakkontrollkonferenz und kritische Studienergebnisse verstärken das negative Grundrauschen . Positive Nachrichten zur E-Zigarette werden dadurch verdeckt. Die Ausweitung des Vertriebs von Produkten der Tabakkonzerne wird zudem den Wettbewerb verschärfen. Tendenz hier: aktuell weiter sinkend .	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise)	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 29.11.2016

Meldung: Das BfR warnt vor tabak- sowie nikotinfreien Wasserpfeifen. Beim Konsum dieser Wasserpfeifen, die mit Kohle oder andere Verbrennungsprozesse betrieben werden, entstünden toxikologisch bedenkliche Substanzen. Ebenso seien bei einer elektrischen Beheizung von Wasserpfeifen gesundheitsschädliche Emissionen zu erwarten; aufgrund der geringen Datenlage sei die Risikoabschätzung jedoch schwierig. Laut BfR seien bei tabak- und

nikotinfreien Produkten ähnliche Schadstoffprofile wie für Tabakmischungen zu erwarten – z.B. Kohlenmonoxid, Formaldehyd, PAK und Benzol).

Einordnung/Empfehlung: Anders als bei E-Zigaretten nutzen tabaklose Wasserpfeifen z.B. Dampfsteine oder Shisha-Pasten. Diese festen Trägerstoffe reagieren anders bei der Erhitzung als Liquids. Ein Risiko besteht, dass Rezipienten nur den Fakt „tabaklos“ betrachten, ohne bei ihrer Bewertung Rücksicht auf die Unterschiede der verschiedenen Trägerstoffe von E-Zigarette und Wasserpfeife und deren Eigenschaften zu nehmen. Es wird empfohlen, Stakeholder bei Bedarf auf die Unterschiede hinzuweisen.

Quelle: bfr.bund.de (Pressemitteilung), bfr.bund.de

Datum: 28.11.2016

Meldung: Die Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU) tritt erneut als Direktkandidatin zur Bundestagswahl 2017 an. Sie erhielt bei der Nominierung 151 von 152 Stimmen. Mortler ließ bei der Delegiertenversammlung erkennen, dass sie mit ihrem jetzigen Posten weniger zufrieden ist. Sie fasst immer noch die Landwirtschaftspolitik als Kernthema ins Auge.

Einordnung/Empfehlung: Mortler wurde schon mehrfach als Bundeslandwirtschaftsministerin gehandelt. Die Besetzung von Ministerposten in der CSU ist eng verbunden mit Abwägungen der innerparteilichen Parität. Die politische Zukunft von Mortler nach der Bundestagswahl ist somit offen.

Quelle: n-land.de

2.2. Bundestag

Datum: 26.11.2016, 25.11.2016, 21.11.2016

Meldung: Der drogenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Harald Terpe (MdB) moniert in einem Schreiben an seine Wähler die unbestimmte Lage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Tabakwerbeverbot. Er verweist auf eine [Aufforderung](#) der Grünen vom Oktober.

In der Zwischenzeit wandte sich Peter Schmidt, Präsident des Deutschen Arbeitgeber Verbands (DAV), an Bundestagsabgeordnete. Schmidt setzte sich für einen Verzicht auf das Tabakwerbeverbot ein. Prominente Tabakgegner wie [Lothar Binding](#) (MdB, SPD) nahmen dies zum Anlass, sich erneut für das Verbot stark zu machen (siehe Anhang).

Derweil plant die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine interne Abstimmung zum Tabakwerbeverbot für ein der kommenden Sitzungswochen. Die nächsten sind KW 50 2016, KW 3 und KW 4 2017. Die Fraktion ist weiterhin gespalten.

In diesem Kontext setzt sich Dr. Martina Pötschke-Langer nochmals öffentlichkeitswirksam im [Fernsehen](#) für ein Tabakwerbeverbot ein. Dabei schränkt sie ein, dass Maßnahmen wie z.B. Bildwarnhinweise „nur“ die Hälfte der Raucher zum Tabakstopp bewegen würden. Sie kritisiert auch das „massive Lobbying“ der Tabakwirtschaft.

Einordnung/Empfehlung: Der DAV wurde nach Eigenangaben mit dem Ziel gegründet, die Prinzipien der freien Marktwirtschaft im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Der Verband gehört nicht zu den stark bekannten Playern. Er mäandert zwischen den Werte-Welten (z.B.

gegen Frauenquote aber auch gegen Windkraft). Der DAV erscheint eher als Kulisse, die ggü. den Adressaten eine breite Befürworterschaft für seine Botschaften suggerieren soll.

Der Vorstoß des DAV zugunsten der Tabakwirtschaft lässt vermuten, dass die Tabakbranche den Verband als Fürsprecher aktiviert hat. Dass man auch bekannte Tabakgegner angesprochen hat, wirkt nicht gerade entspannend auf die Situation. Die SPD dürfte sich in ihrer Entscheidung für ein Verbot bestätigt fühlen.

Quelle: Mailing, Hintergrundgespräche

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 22.11.2016, 21.11.2016, 19.11.2016

Meldung: Die Düsseldorfer Stadtregierung erwägt eine striktere Tabakprävention. Die Stadt plant auf ihrer Gesundheitskonferenz eine entsprechende Roadmap zu besprechen (siehe unten). Denkbar für eine solche „Roadmap“ sind Maßnahmen vom Verbot von Tabakwerbung auf kommunalen Werbeflächen bis hin zu Rauchverboten in Parks und Freibädern, so Medien. Düsseldorf ist seit 2016 neben Dresden die einzige „Gesundheitsstadt“ der WHO in Deutschland. Das zieht Anforderungen an die städtische Gesundheitspolitik nach sich.

Derweil versucht DIE LINKE – neben der SPD – in Potsdam das Rauchen an öffentlichen Haltestellen zu untersagen. Ähnliche Bestrebungen finden sich auch im Ausland: So plant [China](#) aktuell die Einführung eines allgemeinen Rauchverbotes an öffentlichen Plätzen.

Einordnung/Empfehlung: Aktivitäten von Ländern und Kommunen gegen das Rauchen in der Öffentlichkeit sind nicht unüblich. Damit stellen die Stakeholder Handlungsfähigkeit ggü. der Öffentlichkeit dar. Schwerwiegend ist insbesondere das damit verbundene negative Grundrauschen in Bevölkerung und Regionalmedien. Dies sorgt für eine kontinuierlich, latente Auseinandersetzung mit dem Issue, wobei eher wenig differenziert wird. Derlei Aktionen beinhalten das Risiko, dass die E-Zigarette in den Nichtraucherschutz integriert wird.

Quelle: [rp-online.de](#), [express.de](#), [express.de](#), [rp-online.de](#), [pnn.de](#)

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Hinweis: Eine Analyse und Übersicht über die weltweite E-Zigarettenregulierung bietet der [Artikel](#) von Prof. Ryan D. Kennedy (Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health) vom 30.11.2016. Er vergleicht 68 Staaten – unter anderem 24 europäische Länder.

Datum: 30.11.2016, 24.11.2016, 16.11.2016, 05.11.2016

Meldung: Die Vereinigung „The Freedom Association“ hat die britischen Kommunen über ihre Behandlung der E-Zigarette am Arbeitsplatz befragt. 386 (92,5% Rückläuferquote) antworteten. 87% der Befragten wenden bei der E-Zigarette die gleichen Regeln wie für Tabak an. In 29% der Kommunen sollen Dampfer die Raucherbereiche nutzen. Die Vereinigung moniert die fehlende Differenzierung zwischen E-Zigarette und Tabak und verweist u.a. auf einen [Bericht](#) des Wissenschaftlichen Dienstes des britischen Parlaments (S.2f.), der keine negativen Wirkungen durch Passivdampfen feststellt.

Dabei scheiterte die Tabakbranche vor dem High Court mit ihrem Berufungsverfahren gegen die Einführung des „Plain Pack“ in UK (siehe Report 32, 20).

In Irland setzen sich derzeit die Tabakkonzerne gegen das geplante „Plain Pack“ ein. Irland will auch Hinweise zu Geschmack bzw. Geruch auf E-Zigarettenverpackungen untersagen, so [Branchenmedien](#).

Die türkische Regierung erwägt derzeit 2017 das „Plain Pack“ einzuführen. Ferner sollen dann Tabakprodukte nicht offen in den Geschäften ausliegen. Inwieweit die E-Zigarette betroffen wäre, ist bislang unklar.

Einordnung/Empfehlung: Das Urteil des High Court bestätigt Tabakgegner in ihrem Kurs. Der Trend zum Plain Pack, was nicht in TPD2 gefordert ist, bleibt. Langfristig kann daraus die Regulierung von E-Zigarettenverpackungen folgen. Es wird daher empfohlen diesen Prozess proaktiv zu begleiten (Beobachtung, (Gegen-)Strategie entwickeln).

Zwar pflegt UK einen pragmatischen Umgang mit der E-Zigarette, jedoch kommen die Regeln für kommunale Einrichtungen einer Gleichsetzung mit Tabak gleich. Problematisch ist die Rezeption im Ausland: hier bleibt das Risiko der Annahme, in UK sei ein Sinneswandel zu verzeichnen. Der Trend in Irland zeichnet sich seit längerem ab. Das Land gilt als ein Vorreiter in der Tabakregulierung. Es wird empfohlen, die Entwicklungen zu beobachten und in Stakeholdergesprächen einzuordnen.

Quelle: [tfa.net](#), [cloudfront.net](#) (Bericht), [irishtimes.com](#), [xinhuanet.com](#), [itv.com](#) **Datum:** 28.11.2016

Meldung: Die Schweizer Regierung (Bundesrat) plant am 08.12.2016 über die neue Fassung des Entwurfes zum Tabakproduktegesetz abzustimmen. Das Schweizer Parlament (Ständerat) hatte den Entwurf im Sommer an die Regierung zur Überarbeitung zurückgewiesen (siehe Report 23). Die Mehrheit der Abgeordneten lehnte damals striktere Regelungen bei Werbung und Sponsoring ab. Tabakkritiker befürchten, dass bei einem Votum gegen das Werbeverbot letztlich auch für die E-Zigarette geworben werden könne. Manche sehen in der E-Zigarette ein Vehikel „Nikotin als ein banales Genussmittel darzustellen“.

Einordnung/Empfehlung: Sollte die Schweiz von der Einführung eines Tabakwerbeverbotes absehen, wäre dies eine Referenz für die anstehende deutsche Debatte.

Quelle: [nzz.ch](#), [infosperber.ch](#)

Datum: 25.11.2016

Meldung: Nach Ansicht der französischen Regierung fällt die E-Zigarette unter das Tabakwerbeverbot. Mehrere Verbände haben dagegen beim Conseil d'Etat (Frankreichs höchstes Verwaltungsgericht) Einspruch eingereicht. Die für den 3.11.2016 anberaumte Verhandlung kam nicht zustande. Denn die Regierung trat an die Kläger heran und begründete mit Ihnen eine Arbeitsgruppe. Die Verbände zogen daraufhin ihren Einspruch zurück. Die Arbeitsgruppe soll die bestehenden Regeln insbesondere in Bezug auf neue Werbekanäle wie Social Media aktualisieren und TPD2-konform machen. Wann diese Arbeiten abgeschlossen sind, kann noch nicht abgesehen werden. Auch in Verbot des Online-Handels ist ungewiss.

Einordnung/Empfehlung: Es wird empfohlen, die Entwicklungen zu beobachten und insbesondere bei Entscheidungen zugunsten der E-Zigarette deutsche Stakeholder zu informieren. Aufgrund des Misstrauens ggü. der Tabakbranche erscheint ein ähnlicher Ansatz in Deutschland aktuell eher unwahrscheinlich.

Quelle: [shopbetreiber-blog.de](#)

Datum: 24.11.2016, 22.11.2016

Meldung: In Kanada beginnt die parlamentarische Beratung zur E-Zigarettenregulierung. Neben einem Mindestverkaufsalter sind Verbote von einigen Aromen sowie an Heranwachsende gerichtete Werbung geplant. Währenddessen bringen Fachleute die E-Zigarette mit der sinkenden Raucherquote in Kanada in Verbindung. Gesundheitsministerin Jane Philpott sieht die Vorteile des Harm Reduction-Ansatzes, fürchtet jedoch auch den Gateway Effekt.

Einordnung/Empfehlung:

In diesem Kontext kommt eine neue Studie heraus: Je stärker Kinder im frühen Alter zu Hause Zigarettenrauch ausgesetzt sind, desto größer scheint das Risiko eines späteren antisozialen Verhaltens, so das Ergebnis von Prof. Linda Pagani (University of Montreal).

Einer [Erhebung](#) der US-Gesundheitsbehörde CDC zufolge seien 2014 nur 0,4% der erwachsenen Dampfer, die täglich E-Zigaretten nutzen, zuvor Nichtraucher gewesen. Raucher und Ex-Raucher stellten die größten Konsumentengruppen. Zudem sei der Anteil der Tabakstoppversuche bei Dampfern größer.

Quelle: [parl.gc.ca](#), [cbc.ca](#), [640toronto.com](#), [vancouver.sun.com](#), [fool.com](#), [nationalpost.com](#), [aponet.de](#)

Datum: 17.11.2016

Meldung: Mit Wirkung zum 17.01.2017 reguliert Belgien die E-Zigarette neu. Unter anderem sollen Fernabsatz und Werbung untersagt werden. Dabei soll das Mindestverkaufsalter bei 16 Jahren bleiben – dem niedrigsten in der EU. Für Hersteller und Importeure gilt eine 6-monatige Notifizierungsfrist. Für Produkte, die bereits auf dem Markt sind, gilt eine Übergangsfrist von 6 Monaten. Dazu kommt eine jährliche Berichterstattung (auf Englisch). Die Regulierung umfasst zudem Aufmachung, Warnhinweise und Texte auf Packungen. Das Gesundheitsministerium soll ermächtigt werden, weitere Regulierungen vorzunehmen.

Einordnung/Empfehlung: Die Regulierungen ähneln bestehenden Ansätzen in Deutschland, gehen aber auch darüber hinaus. Insbesondere die Entwicklung im Bereich Fernabsatz sollte beobachtet werden. Eine Verstärkung dieses Trends kann langfristig zu einer Übernahme der Regel in anderen EU-Staaten führen.

Quelle: [vapingpost.com](#)

2.5. Fachcommunity

Datum: 25.11.2016

Meldung: Laut Wissenschaftlern der Universität Oklahoma um Dr. Theodore L. Wagner sind Gesundheitsfragen und der Wunsch zum Tabakstopp die wichtigsten Motive zum E-Zigarettenkonsum. 62% der Befragten E-Zigarettenkonsumenten seien nun Nichtraucher – eine Quote, die die Autoren mit Vorsicht erwähnen (S.5). Für Dampfer seien bei E-Zigaretten besonders wichtig: a) Batterieleistung, b) Geschmacksvielfalt, c) Bedürfnisbefriedigung. Während 60% auch weiterdampfen würden, wenn es nur Tabakaromen gebe, präferieren 80% Nicht-Tabakgeschmack. 85% kauft hauptsächlich in Ladengeschäften.

Einordnung/Empfehlung: Die Panelgröße betrug 100 Personen. Die Untersuchung weist auf die Bedeutung der Geschmacksvielfalt hin. Es zeigt sich auch, dass eine Einschränkung nur einen Teil der Dampfer abschrecken würde. Ein Fakt, der im Kontext der Menthol-

02.12.2016

Debatte ggü. Stakeholdern kommuniziert werden kann. Die positiven Studien-Ergebnisse können auch via Blog oder Medienansprache an Multiplikatoren kommuniziert werden.

Quelle: tobaccopreventioncessation.com (Studie), ensp.org

Datum: 23.11.2016, 21.11.2016, 16.11.2016

Meldung: Laut einer Studie von Prof. Rahman (Universität von Rochester) sind E-Zigaretten schädlich für den Mundraum. Sein Team fand heraus, dass die Aromastoffe – in unterschiedlicher Weise – eine Rolle bei der Zellschädigung spielen. Bereits in früheren Studien wurde über die Zellschädigung und deren Einfluss auf die Mundflora berichtet (siehe z.B. Reports 34, 25, 24). Public Health England sieht in ihrem Bericht hingegen Potenziale für die Mundgesundheit (Siehe Report 5).

Einordnung/Empfehlung: Die Nachricht wurde auch von der Bundeszahnärztekammer wahrgenommen. Solche Studie können, über Fachärzte kommuniziert, nachhaltige Effekte erzielen. Es wird daher empfohlen, medizinische Fachverbände anzusprechen und bei Bedarf mit Einordnungen solcher Studien zu informieren. Dazu wird der Aufbau eines „Verteilers“ empfohlen.

Quelle: impactjournals.com (Studie), zm-online.de, zwp-online.info, urmc.rochester.edu, bitemagazine.com.au

Datum: 21.11.2016, 20.11.2016, 17.11.2017

Meldung: Laut Wissenschaftlern der University of North Carolina haben Geschmacksstoffe in Tabakprodukten negative Auswirkungen: Sie würden die Abbruchquoten insbesondere bei Frauen und Heranwachsenden herabsenken und die Produkte attraktiver machen. Die Forscher fokussierten in der Metastudie nicht-Menthol-Aromen. Neben Tabakzigaretten wurden auch Studien zu E-Zigaretten betrachtet. Die Autoren sind für eine Regulierung von Aromen.

Währenddessen stellte ein Team um Prof. Rob McConnell (University of Southern California) eine Verbindung von Erkrankungen der Atem(wegs)organe wie z.B. Bronchitis und dem E-Zigarettenkonsum fest. Dampfende Heranwachsende hätte ein doppelt so großes Risiko (100%) an einer solchen Erkrankung als Nichtdampfer – bei Ex-Dampfern immer noch 85%. Zum Vergleich: laut Medien sei die läge die erhöhte Wahrscheinlich bei Tabak bei 71%.

Der bekannte E-Zigarettenexperte Dr. Farsalinos moniert McConnell's Studie. In seiner [Replik](#) kritisiert er u.a., dass die Autoren sich nicht auf ärztliche Diagnosen stützen würden, was die Aussagen stark verwässere. Und es sei nicht klar auf welche Form der Bronchitis die Untersuchung abziele. Zudem werde das „Risiko“ nicht definiert – und damit nachvollziehbar. Kritik kommt auch von [Prof. Michael Siegel](#) (Universität Boston).

Einordnung/Empfehlung: Die Studien – insbesondere die international beachtete McConell-Studie – unterminieren den Harm Reduction-Ansatz und befeuern die Gateway-These. Es wird empfohlen, bei der Anfrage durch Stakeholder diese auf die Einwände renommierter Wissenschaftler aufmerksam zu machen. Von einer direkten Kritik an den Untersuchungen wird abgeraten.

Quelle: medicalxpress.com, eurekalert.org, tobaccocontrol.bmj.com (Studie, UNC), thoracic.org (Studie, USC), eurekalert.org, dailymail.co.uk, grimsbytelegraph.co.uk, scunthorpetelegraph.co.uk, zentrum-der-gesundheit.de

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 01.12.2016, 30.11.2016

Meldung: Auf der 14. Deutschen Konferenz zur Tabakkontrolle des DKFZ diskutierten die Teilnehmer die Notwendigkeit der Prävention anderer Krebsursachen neben Tabak, die mit dem Lebenswandel einhergehen. Mit Verweis auf die Erfolge bei der Tabakprävention setzen sie sich für weitere Maßnahmen gegen andere Krebsursachen ein. Zudem wurde erneut die Einführung des Tabakwerbeverbots gefordert. Dies sei überfällig, so Ute Mons (Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention). Es sei zu befürchten, dass sich der Bundestag mit einem entsprechenden Gesetzentwurf in dieser Wahlperiode gar nicht mehr befasse, sagte Prof. Reiner Hanewinkel vom Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung in Kiel.

Die „Deutsche Allianz gegen Nichtübertragbare Krankheiten“ (DANK), zu der auch das DKFZ gehört, [forderte im November](#) u.a. höhere Steuern und Werbeverbote. Und auch die [Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen](#) (DHS) positionierte sich im Herbst gegen die E-Zigarette, wenn auch nicht so scharf wie das DKFZ.

Einordnung/Empfehlung: Die Stoßrichtung ähnelt den Aussagen von Dr. Vera da Costa e Silva (Leiterin FCTC-Sekretariat zur COP7 in Neu Delhi) auf der FCTC-Konferenz (Report 34). In ihrer [Rede](#) betonte Sie, dass andere Industrien wie Zucker oder Alkoholhersteller die Tabakprävention argwöhnisch beobachteten, da sie einen Spillover-Effekt auf ihre Wirtschaftsbereiche befürchteten (S.2).

Die Vorstöße lassen zwar eine Zusammenarbeit mit anderen Branchen sinnvoll erscheinen, diese waren aber in der Vergangenheit zurückhaltend bzgl. Kontakten und Austausch mit der Tabakindustrie.

Quelle: [dkfz.de](#), [swp.de](#), [heilpraxisnet.de](#), [swr.de](#), [swr.de](#), [aerztezeitung.de](#)

Datum: 29.11.2016, 24.11.2016

Meldung: Forum Rauchfrei geht aktuell gegen eine Aktion des DZV vor. Medien zufolge stattete der Zigarettenverband Händler mit sog. „Produktkarten“ für die Tabakregale aus, welche die Bildwarnhinweise verdecken. Das BMEL sehe hierin einen Verstoß gegen geltendes Recht, was der DZV bestreitet. DZV-Geschäftsführer Jan Mücke kritisiert seinerseits das BMEL und fordert eine Unterlassung der Fehlinformation durch das Ministerium, da es sich um eine Angelegenheit der Länder handle. Forum Rauchfrei fordert derweil das BMEL zum Handeln auf, während bereits Behörden in Berlin und Leipzig den Beschwerden nachgehen.

Zudem erneuert das Forum im Kontext des Berliner Koalitionsvertrages (Siehe Report 34) seine [Forderungen](#) nach mehr Nichtraucherschutz.

Einordnung/Empfehlung: Die entsprechende DPA-Meldung rief ein bundesweites Medien-echo hervor. Die Aktion trägt zur Erhaltung des negativen Grundrauschens bei. Es besteht das Risiko eines Spillover-Effektes durch Negativpresse der Tabakwirtschaft auf die E-Zigarette, da Leser weniger zwischen den Branchen unterscheiden. Dies macht die klare Abgrenzung von der Tabakindustrie noch wichtiger.

Die Forderungen des Forums nach mehr Nichtraucherschutz beinhalten derzeit nicht die E-Zigarette und stellen einen für die Landespolitik gangbaren Weg dar (Krankenhäuser, Spielplätze, Rückbau von Automaten). Jedoch beinhaltet eine Novelle des Nichtraucherschutzgesetzes das Risiko der Integrierung der E-Zigarette, wie in NRW bereits (erfolgreich) versucht.

Quelle: forum-rauchfrei.de, zigarettenverband.de, morgenweb.de, bild.de, volksstimme.de, ruhrnachrichten.de, nwzonline.de, augsburger-allgemeine.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 26.11.2016

Meldung: Die britische Stada-Tochter Thornton & Ross bietet nun ein Produktsortiment rund um die E-Zigarette an. Versorgt werden Apotheken, Drogeriemärkte, Fachhandlungen und die Lebensmittelgeschäfte. Thornton & Ross ist in Großbritannien das erste Gesundheitsunternehmen, das die Inhaltsstoffe selbst produziert und vertreibt. Das Unternehmen zählt in Großbritannien zu den größten Herstellern für nichtverschreibungspflichtige Arzneimittel.

Einordnung/Empfehlung: In Großbritannien steht der E-Zigarette der Weg als Medizinprodukt offen. Aktivitäten in diesem Sektor prägen auch über UK's Grenzen hinaus die Wahrnehmung der E-Zigarette als Medizinprodukt – zumal sie ggü. der Öffentlichkeit als Hilfe beim Tabakstopp thematisiert wird. Es wird empfohlen, die Entwicklungen zu beobachten. Eine Übertragung des Trends auf Deutschland birgt Risiken: Eine Regulierung als Medizinprodukt würde weitere Eingriffsmöglichkeiten schaffen – zugunsten von Pharmafirmen.

Quelle: apotheke-adhoc.de

Datum: 01.12.2016, 30.11.2016, 28.11.2016, 26.11.2016, 21.11.2016

Meldung: PMI startet zum 01.12.2016 mit dem Verkauf von iQOS in UK, was die [bekannte NGO „ASH“](#) dazu bewog, eine Regulierung von iQOS zu fordern solange deren Risikoreduzierung nicht solide festgestellt sei. ASH befürwortet die E-Zigarette. Daneben geraten auch PMI's [Promotionmaßnahmen](#) für iQOS unter Kritik von NGOs und Behörden – im Zentrum stehen sog. [„Community Activator“](#). PMI will mit iQOS in 3-4 Jahren Gewinne erzielen und rechnet mit einem Produktionsvolumen im Werk Bologna von 30 Mrd. Stk. im Jahr. Diese ambitionierten Ziele werden weitere Lobby-/PR-Aktivitäten mit sich bringen. In Deutschland meldet sich derweil Imperial zurück in der [Kinowerbung](#).

Die BAT-Tochter „Nicoventions“ hat bei der neuseeländischen Arzneimittel- und Medizinprodukte-Behörde ([Medsafe](#)) die Registrierung des Nikotininhalators [„Voke“](#) beantragt. Die Behörde beschäftigt sich seit Sommer mit dem Produkt. BAT ist zuversichtlich, das Produkt auf den neuseeländischen Markt zu bringen.

BAT startete am 23.11.2016 den Verkauf des „Vype ePen“ auf den Philippinen – als ersten asiatischen Markt. BAT kooperiert mit der US-amerikanischen Handelskette 7-eleven. Der Pen ist bereits in Europa und Südafrika erhältlich. Daneben eröffnete am 01.12.2016 BAT einen [Vype-Shop](#) in London.

Währenddessen kommen in den USA erste E-Zigaretten für Cannabis auf den Markt (Anhang).

Einordnung/Empfehlung: Die Ausweitung des iQOS-Verkaufs fand ein breites Medienecho, was zur Bekanntheit des Produkts beiträgt. Die [Verlautbarung](#) von PMI-Vorstandchef André Calantzopoulos, gerne während der Umbruchphase weg von Tabak mit Regierungen zu kooperieren, steht in der Tradition eng an der Seite des Regulierers zu arbeiten. PMI sucht seit den „Tobacco Wars“ in den USA Regulierungen zu antizipieren und seinen Vorsprung bei der Impulssetzung bei Regulierungen gegen Wettbewerber zu nutzen.

Die Aktivitäten von PMI in der Schweiz geben einen Einblick mit welchen Maßnahmentypen ggf. auch in anderen europäischen Märkten zu rechnen ist. Es wird die mittelfristige Ausarbeitung einer Strategie bzgl. der Aktivitäten der Tabakkonzerne empfohlen sowie die Ausweitung der Präsenz der E-Zigarette ggü. Entscheidern und Öffentlichkeit (Medien).

Je mehr Staaten E-Zigaretten – und Hersteller – als Medizinprodukt behandeln, desto mehr steigt das Risiko einer langfristigen Wahrnehmung des Produkts als medizinisches Gerät. Dies zöge weitere Regulierungen mit sich.

In Asien werden weitere Regulierungsbestrebungen sichtbar (u.a. [Philippinen](#)). Es ist mit Kompensationsversuchen der Konzerne in Europa und den USA zu rechnen, sollte es Probleme/Verkaufsrückgänge in diesen Wachstumsmärkten kommen.

Quelle: [tvnz.co.nz](#), [business.inquirer.net](#), [thestandard.com](#), [reuters.com](#), [spiegel.de](#), [aerztezeitung.de](#), [handelsblatt.com](#), [tagesspiegel.de](#), [faz.net](#)

Datum: 18.11.2016

Meldung: Der ve-eh wendet sich mit einer neuen Kampagne – inklusive Website – an die Öffentlichkeit. Unter „[Unser Erfolg](#)“ können Dampfer ihre Geschichte zum Tabakstopp erzählen. Unter den Teilnehmern sind Shop-Besitzer und der **BAT-Lobbyist** [Christoph Ihmels](#), der zumindest seine Arbeit für ein Tabakunternehmen erwähnt.

Einordnung/Empfehlung: Der vd-eh nutzt einen Grassroot-Ansatz, um Druck „von unten“ aufzubauen. Ähnlich wie bei der Kooperation mit Händlern und Gastronomen, die bei TPD2 und Nichtraucherschutz für die Tabakindustrie ggü. Stakeholdern einsetzen. Der Verband kann sich damit auch als Fürsprecher der Konsumenten in Szene setzen. Die Arbeit des BfTG an Unternehmensportraits und Sponsorings bieten hierzu ein gewisses Gegengewicht. Es wird empfohlen, derlei Ansätze weiterzuentwickeln und medial zu streuen.

Quelle: [vd-eh.de](#), [egarage.de](#)

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
05.- 07.12.2016	Bundesparteitag	CDU	Essen	cdu.de
7./8.12.2016	Tagung „Gemeinsam für mehr Gesundheit und Wohlbefinden“	WHO Regionalbüro Europa	Paris	euro.who.int
08.12.2016	Geplante Abstimmung Schweizer Tabakgesetz (u.a. zu Werbeverbot)	Schweizer Bundesrat	Bern	nzz.ch
14.12.2016	Gesundheitskonferenz der Stadt Düsseldorf (u.a. zu Tabak)	Stadt Düsseldorf	Düsseldorf	-

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.

Anhang 1: Antwortschreiben Lothar Binding an Peter Schmidt, Präsident Deutscher Arbeitgeber Verband (DAV)

<p>Lothar Binding, MdE, Platz der Republik 1, 11011 Berlin</p>	
<p>Herrn Peter Schmidt Präsident Deutscher Arbeitgeber Verband Unter den Eichen 7 65185 Wiesbaden</p>	
<p>Berlin, 11.11.2016</p>	<p>Geplantes Tabakwerbeverbot</p>
<p>Lothar Binding, MdE Platz der Republik 1 11011 Berlin Büro: Jakob-Kaiser-Haus Raum: 2.417/2.418 Telefon: +49 30 227-73144 Fax: +49 30 227-70423 lothar.binding@bundestag.de</p>	<p>Sehr geehrter Herr Schmidt,</p> <p>vielen Dank für Ihr Schreiben zum Tabakwerbeverbot und den Artikel von Prof. Dr. Hufen. Es verwundert mich ein wenig, dass Sie mir mit diesem Artikel die Argumente Professor Hufens nahelegen wollen.</p> <p>Herr Dr. Hufen geht in seinem Artikel zwar ausführlich auf die Einschränkungen der Werbefreiheit ein und kritisiert die „Bewormundung“ von Großkonzernen durch die bereits eingeführten Warnhinweise etwa bei Zigaretten. Leider verneint er die Gründe dieser Einschränkungen tiefer zu beleuchten. Für einen unabhängigen Wissenschaftler wäre dies die Mindestanforderung an seine wissenschaftliche Tätigkeit.</p>
<p>Bürgerbüro Heidelberg/Weinheim: Bergheimer Straße 22 69115 Heidelberg Telefon: +49 6221-182922 Fax: +49 6221-610040 lothar.binding.wk@bundestag.de</p>	<p>Im Jahr 2013 starben in Deutschland mehr als 120.000 Menschen an den Folgen des Rauchens. Das waren immerhin 13,5% aller Todesfälle. Die durch das Rauchen entstandenen Kosten belaufen sich allein in Deutschland auf knapp 80 Milliarden Euro (direkte und indirekte Kosten). Zwar ist die Zahl der Raucher seit einigen Jahren erfreulicherweise rückläufig, aber immerhin rauchen noch etwa 30% der Männer und 20% der Frauen. Möchten Sie tatsächlich diese Zahlen steigern? Haben Sie keine bedauerenswerte Diagnosen – Krebs oder Herz-Kreislafprobleme – in Ihrer eigenen Familie? Sind Ihnen diese Menschen gleichgültig und im Verhältnis zur Freiheit für Gifte zu werben vernachlässigbar? Wie wollen Sie dieses Verhalten gegenüber Kindern verantworten oder erklären?</p>
<p>Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagfraktion</p>	
<p>Ordentliches Mitglied des Finanzausschusses</p>	
<p>Stellvertretendes Mitglied des Haushaltsausschusses</p>	

Tabak ist das einzige Produkt, das bei bestimmungsgemäßigem Gebrauch potentiell tödlich ist. Tabakkonsum gehört somit zu den größten vermeidbaren Gesundheitsrisiken.

Herr Dr. Hufen behauptet in seinem Artikel, dass der Werbung für Konsumgüter unterstellt werde, dass sie gesundheitsgefährdende Bedürfnisse wecke. Dies ist keine Unterstellung, sondern eine erwiesene Tatsache. Besonders Jugendliche und Heranwachsende reagieren stark auf Zigarettenwerbung und werden durch diese verleitet, mit dem Rauchen zu beginnen oder den Konsum auszuweiten. Es wäre ja auch geradezu widersinnig für eine Werbung einzutreten deren Wirksamkeit man gleichzeitig leugnet. Im Gegenteil: wenn auch nicht monokausal abzuleiten – eine Teilschuld an den vielen Toten und Leidenswegen der Kranken in Folge des Rauchens ist eben auch der Werbung zuzuschreiben. Und das Schlimme: je erfolgreicher die Werbung umso größer die Schuld derjenigen, die diese Werbung betreiben.

Nur ein umfassendes Werbeverbot, das jegliche Form der Werbung einschließt, kann dazu beitragen, den Einstieg insbesondere von Jugendlichen ins Rauchen zu verhindern und den Tabakkonsum in der Gesamtbevölkerung zu senken. Denn die Gesundheit der Bevölkerung ist höher anzusetzen als die Interessen der Tabakindustrie.

In diesem Zusammenhang ist mir schleierhaft, warum der Autor des Artikels die Bedeutung der Werbung, inklusive der Tabakwerbung, ausgerechnet als „Lebenselixier der Wirtschaftsordnung“ bezeichnet. Ein Lebenselixier sollte doch zumindest nicht potentiell tödlich sein, um als solches zu gelten. Der Zynismus des Autors ist mir unverständlich und befremdlich. Im Gegenteil. Wenn Sie den Prozess zu Ende denken, hat Tabakwerbung suicidalen Charakter in der Wirtschaft. Natürlich verdienen kurzfristig auch Leute an Todesdrogen... aber wer bis zum bitteren Ende denkt...

Gerne möchte ich auch auf die Verfassungsmäßigkeit des angestrebten Werbeverbots für Tabak eingehen.

Deutschland hat sich mit der Unterzeichnungen und Ratifikation des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakkonsums, dem Framework Convention Tobacco Control (FCTC), zu weitreichenden Maßnahmen in der Tabakkontrolle völkerrechtlich bindend verpflichtet. Eine dieser Maßnahmen ist die Einführung eines umfassenden Tabakwerbeverbots bis 2010. Somit ist es eine längst überfällige Aufgabe der Bundesregierung, die Werbung für ein gesundheitsgefährdendes Produkt zu verbieten.

Ein Gutachten, das das Aktionsbündnis Nichtraucher in Auftrag gegeben hat, kommt zu dem Ergebnis, dass ein Tabakwerbeverbot formell und materiell verfassungsgemäß ist: „Der Schutz der Gesundheit, auch vor Selbstgefährdung, ist ein legitimer Zweck. Hinsichtlich der gesetzgeberischen Mittel hat der hier insoweit auch zuständige Bundesgesetzgeber eine weitere Einschätzungsprärogative, die hier keineswegs überschritten wird und sich in Einklang mit den Vorgaben von FCTC befindet.“

Ich hoffe sehr, dass ich Ihnen deutlich machen konnte, warum ich mich für eine nachhaltige Tabakpräventionspolitik in Deutschland einsetze.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Binding

Anhang 2: Time Magazine (European Edition) vom 28.11.2016, S. 43



CANNABIS PENS THAT COULD REPLACE PILLS

HMBLDT VAPE PENS / \$100 EACH

Millions of Americans rely on over-the-counter medicine to treat routine complications such as insomnia and headaches. What if they took hits of pot instead? That's what California-based Hmbldt is banking on with its new line of vaporizer pens. When inhaled, the pens dispense a dose of cannabis oil that Hmbldt says has been chemically engineered to make people feel a certain way—calm, sleepy, relieved of pain—without getting high. Cannabis-delivery methods like this one haven't yet been thoroughly vetted by physicians. But as more states legalize medical marijuana, and more studies show that it does have merits, products like Hmbldt's (now available only in California) could become increasingly commonplace. "This really can help people feel better," says Jason DeLand, the company's head of strategy.